



TV-Tipp: Schlagabtausch ,Sarrazin gegen Edathy‘



Im neuen Polit-Talk-Format von SAT.1 „[Eins gegen Eins](#)“ stehen sich heute um 23.30 Uhr Thilo Sarrazin und Sebastian Edathy (beide SPD) gegenüber. Der verbale Schlagabtausch, moderiert von Claus Strunz, läuft nach festen Regeln mit zeitlich begrenzten Redezeiten ab. Das Publikum stimmt am Anfang und am Ende der Sendung zur Frage der Woche „Muslime in Deutschland: Soll bestraft werden, wer sich nicht integriert?“ ab. **JETZT mit Video!**

Hier das Video der Sendung (danke an *Antivirus*):

(Spürnase: Victor S.)



Norwegens Linke wollen Israel bombardieren



Die linken Juniorpartner der norwegischen Regierungspartei unter dem Vorsitz von Kristin Halvorsen (Foto) sind überzeugte Palästinenser-Versteher. So überzeugt, dass sie dafür plädieren, [Israel mit Bomben anzugreifen](#), sollten die Israelis erneut im Gazastreifen einmarschieren, um die Hamas zu bekämpfen.

Nur unter der Bedingung, dass diese Forderung angenommen wird, unterstützen die norwegischen Linken einen bewaffneten Einsatz Norwegens gegen Gaddafi in Libyen. Die Linken sehen nämlich Israel, das sich lediglich gegen die Terrorangriffe aus Gaza wehrt, um zu überleben, als ein genauso schlimmes oder noch übleres „Unrechtsregime“ an, als die Herrschaft des Gaddafi-Clans in Libyen.

Kristin Halvorsen hat selbst bereits an einer Anti-Israel-Demonstration teilgenommen, auf der Rufe wie „tötet die Juden“ zu hören waren (Foto unten).



Eine vorgeschlagene erste Maßnahme, um den Israelis zu schaden, ist ein Verbot des Waffenexports an Israel, damit sich die in den Augen der Linken zu vernichtenden Juden, nicht mehr wehren können.



Moslemführer: „Ich hasse die Demokratie“



Tommy Robinson, Führungsmitglied der israelfreundlichen English Defence League (EDL), wurde vor kurzem von einem australischen Fernseheteam durch seine Heimatstadt Luton, einer Brutstätte islamischer Fundamentalisten nördlich von London, begleitet. Die Aussagen verschiedener Moslemführer gegen die Demokratie, die bekämpft werden muss, sollten auch für uns ein Warnsignal sein.

Hier das Video von „60minutes“:

» [Interview mit Tommy Robinson im australischen Radio](#)



**Kabarettist Urban Priol
wünscht sich RAF zurück**



Der Kabarettist Urban Priol („*Neues aus der Anstalt*“) hat sich bei der Großdemo gegen Atomkraft am 26. März in München ziemlich im Ton vergriffen. Vor fast 30.000 Demonstranten auf dem Odeonsplatz regte er sich unter anderem über den CDU-Politiker Bosbach auf, der vor einer erneuten terroristischen Welle gewarnt hatte. Priol äußerte sich daraufhin, er höre schon viele sagen: „Die hätten heute wieder gut zu tun in Deutschland.“

Doch eigentlich würde die RAF heutige Politiker doch gar nicht mehr entführen wollen. Beispielsweise einen Brüderle, „der textet die doch so zu, dass die den Kofferraum aufsperrten und sagen: Bitte geh!“

[Sogar die SZ](#) empfindet die Äußerungen Priols als geschmacklos:

Siegfried Buback, Jürgen Ponto, Hanns Martin Schleyer, Ernst Zimmermann, Karl-Heinz Beckurts, Gerold von Braunmühl, Alfred Herrhausen, Karsten Rohwedder – das ist die blutige Spur, die von Terroristen der Rote-Armee-Fraktion (RAF) durch Deutschland gelegt wurde. Niemand, der die Zeit bewusst miterlebt hat, wird je das Drama der Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer vergessen.

Das Bild des toten Arbeitgeberpräsidenten, der am 19. Oktober 1977 zusammengekrümmt im Kofferraum eines Autos im französischen Mülhausen gefunden wurde, ist bleibendes Zeugnis einer erbärmlichen, menschenverachtenden Ideologie.

Der Kabarettist Urban Priol war damals 16 Jahre alt, vielleicht zu jung, um die Dimension dieser Verbrechen zu

erfassen. Jetzt ist er fast 50, und er ist ein politisch höchst bewusster Mann, der sehr genau weiß, wie man mit Sprache umgeht und was man mit ihr anrichten kann.

Am Samstag auf dem Münchner Odeonsplatz mokierte sich Urban Priol vor etwa 30.000 Zuhörern über Wolfgang Bosbach, den Vorsitzenden des Innenausschusses im Bundestags, der vor einem „Rückfall in die Terrorschpirale der siebziger Jahre“ gewarnt habe.

Er höre schon das Stammtischgegrummel, sagte Priol: „Die hätten heute wieder gut zu tun in Deutschland.“ Aber wen „von diesen Nasen“ solle man denn heute entführen? Einer wie der Brüderle „der textet die doch so zu, dass die den Kofferraum aufsperrten und sagen: Bitte geh!“

Zur Ehrenrettung des Publikums muss man sagen, dass niemand lachte, und dass etliche Pfiffe zu hören waren. Die angemessene Reaktion wäre gewesen, Priol in derselben Sekunde das Mikrofon aus der Hand zu nehmen.

Ein erfreulicher Kommentar von SZ-Autor Hans Holzhaider, allerdings scheint das „niemand lachte“ und „etliche Pfiffe zu hören waren“ mehr seiner Wunschvorstellung zu entsprechen. In Wahrheit grölte das Publikum gerade bei diesen Tiraden von Priols am lautesten und die Dauer-Trillerpfeifen, die im Hintergrund zu hören sind, waren gewiss keine Protest-Pfiffe.

Hier das Kurz-Video mit Priols RAF-Verharmlosung:

Und hier, wer es sich antun möchte, die längere 17-Min-Version:



Libyen: Frau mit Gewalt zum Schweigen gebracht



Im libyschen Tripolis wurde eine Frau mit Gewalt davon abgehalten, ihr Schicksal der ausländischen Presse zu erzählen. Sie war von Mitgliedern der Gaddafi-Miliz vergewaltigt und geschlagen worden. Nachdem sie sich fast eine Stunde lang widersetzte, durch die Sicherheitskräfte vom Hotel, in dem die ausländischen Medien untergebracht sind, weggewiesen zu werden, wurde sie schließlich [unter lautem Geschrei fortgezerrt](#), wie die nachfolgenden Videos zeigen.

Der erste Film stammt von einem Channel-4-Reporter, der gemeinsam mit anderen Journalisten die Geschichte der Frau gern gehört hätte:

Die Journalisten beobachteten, wie ein Kellner und eine Kellnerin ein Messer gegen die Frau erhoben, um sie zum Schweigen zu bringen. Die Presse war gegen die Gewaltandrohungen offenbar machtlos:

Auch CNN hat den Vorfall beobachtet:

Das Versagen der ehemals bürgerlichen Parteien



Die

Kernenergie-debatte ist ein geradezu klassisches Beispiel für den ständig wiederholten Mechanismus des Versagens in der politischen Willensbildung, dem die ehemals bürgerlichen Parteien CDU, CSU und FDP in den letzten Jahrzehnten erlegen sind.

(Von Reiner Vogels)

Statt den immer erneut von Seiten der 68er-Bewegung und ihren politischen Speerspitzen (früher Juso, heute Grüne) offensiv in die politische Debatte hineingetragenen Thesen mit begründeten Antithesen entgegenzutreten, haben sie immer wieder den Fehler begangen, den Thesen auf halbem Wege nachzulaufen und dem politischen Gegner damit im Kern von vornherein recht zu geben. Das Motto war: Wir wollen das ja auch, aber nicht so radikal und nicht so schnell.

So hat es die nach wie vor kleine, aber entschlossene Minderheit der Ökosozialisten geschafft, das politische

Spektrum in Deutschland Schritt für Schritt nach links zu verschieben und am Ende sogar die ehemals bürgerlichen Parteien mit ins Boot zu holen.

Beispiel Kernenergie:

Die Grünen haben den politischen Meinungsmarkt aufgemischt mit der These, dass Kernenergie Teufelszeug sei und dass die „Meiler“ so schnell wie möglich abgeschaltet werden müssten. Die bürgerlichen Parteien haben es nicht gewagt, offensiv die Kernenergie zu vertreten, sondern sie haben die Kompromisslinie verfolgt: Abschalten nicht jetzt, sondern später. Damit haben Sie den Grünen im Grunde zugestimmt und so von Anfang an verloren.

Eine wirklich den Interessen des deutschen Volkes dienende Politik wäre es gewesen, den Menschen ehrlich zu erklären, dass es auf Grund unveränderlicher und schon gar nicht von Parteitagebeschlüssen zu beeindruckenden Gesetzen der Physik nicht möglich ist, dass Zufallskraftwerke wie Windräder oder Solardächer die Kernenergie ersetzen. Daran kann auch der mit Milliardenaufwand betriebene und von den ehemals bürgerlichen Parteien propagierte „Netzausbau“ nichts ändern. Es stimmt eben nicht, dass irgendwo immer genügend Wind weht.

Die ehemals bürgerlichen Parteien hätten gerade auch angesichts der Havarie in Fukushima darauf verweisen müssen, dass dort gerade nicht die Unsicherheit, sondern die Sicherheit der Kernenergie bewiesen worden ist. Schließlich hat es trotz einer geradezu apokalyptischen Naturkatastrophe bisher keinen einzigen Strahlentoten und keine Verstrahlung der Umwelt wie in Tschernobyl gegeben. Und das wird wohl auch so bleiben.

Die ehemals bürgerlichen Parteien haben nicht den Mut gehabt, der These der Grünen mit der Antithese der Rechtfertigung der Kernenergie entgegenzutreten. Statt dessen haben sie ein „Moratorium“ angeboten, das im Grunde die Grünen bestätigt

hat. Bei dieser schwächlichen Diskussionsstrategie konnte das Ergebnis nicht anders sein, als dass sie am Ende die Verlierer waren.

Ähnliches Diskussionsversagen konnte man beobachten in der Bildungspolitik, der Abtreibungsdebatte, in der Familienpolitik und auf vielen anderen Politikfeldern.

Wenn jetzt nach dem Wahldesaster von gestern nicht ein Ruck durch die ehemals bürgerlichen Parteien geht, wird es so weitergehen wie bisher. Das politische Spektrum wird immer weiter nach links, in Richtung auf Sozialismus und Diktatur, verschoben. Jungen Menschen kann man dann nur noch zur Auswanderung raten. Wenn aber wenigstens eine der ehemals bürgerlichen Parteien diesen Ruck vollzieht und sich inhaltlich und personell (!) von Grund auf erneuert, besteht die Chance, dass dieses Gefälle der Debatte gestoppt wird und dann auch die Wahlergebnisse anders werden.

(Hinweis: Gastbeiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wieder. Wenn Sie selber einen Artikel beisteuern wollen, schreiben Sie uns: info@blue-wonder.org)

München: Radio M94,5 über PI



Der Münchner Radiosender [M94,5](#) hat in seiner Politik-Sendung „Plenum“ am 8. März um 19 Uhr ein Interview mit dem Sprecher von PI München gesendet. Der Sender war an der Meinung von PI über den Islam interessiert und so flossen

einige politisch inkorrekte Infos durch den Äther. Beispielsweise, wie die Integrationsprobleme von weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung sehr wohl etwas mit ihrer Religion zu tun haben.

Nach einem langen eineinhalbstündigen Hintergrundgespräch und ausführlichen faktischen Erläuterungen brachte der Reporter in seinem Radiobeitrag immerhin keinen „Rechtsextremismus“-Vorwurf mehr aufs Tablett. Aber ganz wollte er dann doch nicht auf klassische stereotype Anschuldigungen verzichten und warf PI „rassistische Verallgemeinerungen“ sowie eine „einseitige Koran-Interpretation“ vor.

Man muss es wohl genauso gebetsmühlenartig wiederholen, dass der Islam keine Rasse, sondern eine totalitäre Ideologie in der Verkleidung einer „Religion“ ist. Und der Koran in Verbindung mit der Sunna und der Biographie des Mohammed keine anderen Interpretationen zulässt. Aber nachdem die Gegner von PI argumentativ nichts zu entgegnen haben, müssen sie ihre Attacken eben auf die irrational-propagandistische Ebene verlagern.

Hier der Radiobeitrag, den PI München entsprechend visualisiert hat:

(Text: PI München / Videofotos: Roland Heinrich / Videoschnitt: Manfred Schwaller)

Kritik, Rechtsstaat und Zivilcourage



Auf PI werden die unterschiedlichsten Themen oft kontrovers diskutiert – auch im Kommentarbereich. Das finde ich gut so. Denn unterschiedliche oder gar gegensätzliche Meinungen können zum dialektischen Denken anregen, also dazu, dass man seine eigene Meinung oder Position zu einem bestimmten Thema selbstkritisch hinterfragt, sie reflektiert, eventuell sogar revidiert, weil sie argumentativ widerlegt werden konnte.

(Von Eckhardt Kiwitt, Freising)

Jede Kritik birgt also das Potenzial einer „Win-Win“-Situation in sich. Der Kritiker hat vordergründig gewonnen, und der Kritisierte hat dazugelernt.

Den Einen oder Anderen mag es schmerzen, wenn er im Kommentarbereich eines Blogs wie PI „zur Sau“ gemacht wird, seine Thesen ins Lächerliche gezogen oder gar widerlegt werden. Das ist jedoch das gute Recht der zumeist anonymen Kommentatoren in den Blogs. Sie schreiben nur, was ihre Meinung ist – heißt es doch in unserem [Grundgesetz](#):

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern ...

Mithin kann ich jeden PI-Kommentator nur dringlich bitten, selber Gastbeiträge zu schreiben und diese auf PI unter Klarnamen, mit Angabe seines Wohnortes, mit Bild und mit Kurzbiographie zu veröffentlichen.

Gastbeiträge auf PI zu veröffentlichen ist ein Zeichen von

Zivilcourage und das Bekenntnis zu unserem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat.



Zum Autor: Eckhardt Kiwitt ist Angestellter in einem Verlag, Mitglied der Bürgerbewegung Pax-Europa und Autor des Aufsatzes „[Das Islam-Prinzip](#)“ sowie Gestalter des [PI-Kalenders 2011](#). Laut LMU-Dozent Stefan Jakob Wimmer gehört er in die Riege der [„prominenten Islamkritiker“](#).

(Hinweis: Gastbeiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wieder. Wenn Sie selber einen Artikel beisteuern wollen, schreiben Sie uns: info@blue-wonder.org)



„Die Angst ist ein Meister aus Deutschland“



„Wir sollten uns schämen“, schreibt der Japanologe Reinhard Zöllner in einem furiosen Artikel in der WELT! Wir hätten die „Freundschaft der Japaner in ihrer größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg bitter enttäuscht“. Hysterie, Unprofessionalität, Gefühl- und Taktlosigkeit bis zum Zynismus sei das ganz besondere Markenzeichen der Deutschen gewesen. Die Haltung zu Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe „eine Aneinanderreihung von

peinlichen Desastern“:

Ein Vergleich auf Google Trends belegt: In keiner anderen Nation des Westens wurde nach dem 11. März so häufig und intensiv über die Apokalypse gesprochen wie in Deutschland. Nach Meinung von Bundeskanzlerin Angela Merkel besaß die Katastrophe „ein geradezu apokalyptisches Ausmaß“ – „durchaus ein angebrachter Begriff“, wie auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger befand. David McAllister, Ministerpräsident von Niedersachsen, wollte wegen der Apokalypse auch nicht gleich wieder „zur Tagesordnung übergehen“. Genausowenig die Grünen in Bayern und Hessen, die eine „Apocalypse now!“ einforderten. Die evangelische Kirche veröffentlichte ein dazu passendes Gebet mit dem Titel „Apokalypse Japan“. Evangelikale Christen sahen das Geschehen in einem Land, dessen Bevölkerung zu 99 % nicht an den christlichen Gott glaubt, als „ein apokalyptisches Zeichen im biblischen Sinn“. VELKD-Bischof Gerhard Ulrich sagte in einer Predigt noch am 20. März, seit Tagen tobe in Japan die Apokalypse. Das bewog die „Spiegel“-Redaktion, in einer stundenlangen Redaktionskonferenz, verstärkt durch gebürtige Japaner, darüber nachzudenken, was „Apokalypse“ auf Japanisch heißt.

Ich konnte es ihr auch nicht erklären. Denn dieses Wort gibt es im japanischen Sprachschatz nicht. Sehr zum Erstaunen der deutschen Öffentlichkeit wollen sich die Japaner auch nach gut zwei Wochen noch nicht damit abfinden, dass die Sonne, bildlich gesprochen, für sie untergegangen sein soll. Und das, obwohl Tausende von Deutschen von Herzen kommende, aber grausam taktlose Evakuierungsangebote machten: Man habe noch ein Landhaus am Gardasee...

Lesen Sie [den ganzen Artikel hier mit schlimmen Beispielen](#) wie dem deutschen THW, das unter Zurücklassung der Ausrüstung gleich abgehauen ist, bevor die Türken kamen, oder der unsägliche NDR-Korrespondent Hetkämper, der kein Japanisch spricht, dafür aber den Führerbunker und GAU ins Spiel

brachte, oder die heuchlerische Lufthansa! Volle Zustimmung! Man darf gespannt sein, wie sich das noch auswirkt, wenn die Katastrophe vorbei ist!

Grandiose Wahlniederlage für Thilo Sarrazin



Manch einer mag sich mit der unbestrittenen Ausnahmesituation durch die Katastrophe von „Fukushima“ trösten, aber trotzdem spricht vieles dafür, dass wir alle heute morgen in einer „anderen Republik“ aufgewacht sind.

(Von Thorsten M.)

Die Grünen haben insbesondere im eigentlich konservativen Baden-Württemberg im Schatten der japanischen Kernschmelze einen grandiosen Wahlerfolg eingefahren, der ihnen dort nicht nur neun Direktmandate, sondern wohl auch das Amt des Ministerpräsidenten eintragen wird.

Natürlich handelt es sich dabei um ein „Abstaubertor“, sah es doch vor Fukushima noch nach einem knappen Wahlsieg für schwarz-gelb aus. Aber im Hinblick auf die Dummheit des

weltweiten politisch-wirtschaftlichen Komplexes, der nur 25 Jahre nach Tschernobyl einer solchen Katastrophe nicht vorbeugen konnte oder vielmehr aus Profitgier nicht wollte, um kein unverdientes. Zumal die Ausgangsposition in Stuttgart durch das sehr umstrittene Projekt Stuttgart 21 schon mehr als angeknaxt war.

Hinter dieser historischen Abwahl der „Konservativen“ in Stuttgart nach 58 Jahren stecken in Wahrheit aber vor allem auch hausgemachte strukturelle Probleme von Union und FDP. Wenn man genau hinschaut, verstecken sich diese beiden Parteien schon viel zu lange nur noch hinter einem eher schwammigen Begriff von der „Wirtschaftskompetenz“. Sie schmückten sich mit den unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolgen der „konservativen Stammländer“ Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen. Das allein in Verbindung mit einem „weiter so“, wie es die Kanzlerin seit Jahren zur Perfektion vorlebt, reicht aber nicht, um auch langfristig für den konservativ-bürgerlichen Teil der Bevölkerung eine Machtoption zu erhalten – und um dieses Milieu überhaupt zu erhalten.

Wir haben uns in den letzten Jahren – mit Ausnahme der Hamburger Schuldiskussion – daran gewöhnt, dass es das rot-grüne Lager ist, das im Lande die Themen setzt und auf den Straßen mobilisiert. Nichteinmal die Steilvorlage „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin war man auf „bürgerlicher“ Seite in der Lage und willens, in eine wirkliche politische Diskussion zu überführen. Und dabei sind die schleichende Islamisierung und die Massenzuwanderung von Kriminalität und Unqualifizierten sehr wohl Themen, die die Menschen tief bewegen. Union und FDP haben hier brav nach der Pfeife der „Kampf-gegen-Rechts“-Architekten getanzt und durch die jetzt ein Jahr nach Sarrazin absehbare wieder einmal erfolgreiche Eindämmung dieses Themenkomplexes auch die konservativen und rechtsextremen Kleinparteien mit in die Wahlniederlage gezogen.

Die Republikaner halbierten in Baden-Württemberg ihren

Stimmenanteil von 2,5 auf 1,1%. Selbst wenn alle Republikaner-Wähler CDU gewählt hätten, wäre wohl der Regierungswechsel nicht mehr zu stoppen gewesen. In Rheinland-Pfalz fielen die REPs mit 0,4% gar auf ein Drittel des Ergebnisses der letzten Wahl, obwohl es dort nicht einmal einen Grund für „taktisches Wahlverhalten“ gab. Die konservative AUF-Partei erreichte in Baden-Württemberg darüber hinaus 0,2% der Stimmen. Der Vollständigkeit halber sei noch gesagt: Die NPD blieb in beiden Ländern mit 1,0 bzw. 0,4% auf niedrigem Niveau in etwa stabil. Insgesamt reicht es aber nur für die Republikaner und die NPD in Baden-Württemberg zur Wahlkampfkostenerstattung. Ein kleiner Lichtblick sind noch die teilweise islamkritischen „Freien Wähler“ in Hessen, die bei den im Schatten der Landtagswahlen stattfindenden Kommunalwahlen immerhin ihr Ergebnis vom letzten mal mit 5,3% halten konnten.

Man kann an dieser Stelle Thilo Sarrazin den Vorwurf nicht ersparen, dass er mit seiner Entscheidung, sich aus der Politik fernzuhalten und sein Buch den Feuilletons zu überantworten, maßgeblichen Anteil an der aktuellen Lage hat. Nie standen die Zeichen so günstig für eine neue islam- und zuwanderungskritische Partei mit bundesweitem Anspruch, wie dies im letzten Jahr der Fall war. Daraus wären definitiv Wahlkampfthemen abzuleiten gewesen. Jetzt drohen nach den eher in die Jahre gekommenen Republikanern bei den nächsten Landtagswahlen auch hoffnungsvolle Projekte wie die FREIHEIT oder die Pro-Bewegung, unter die Räder der aktuellen politischen Gemengelage zu kommen. Wenn es dazu kommt, ist dies vor allem aber eines: Eine grandiose Niederlage für die Anliegen von Thilo Sarrazin. Denn die rot-grünen Krisengewinnler tun im Sinne von „Fukushima statt Lampedusa“ fast überall genau das Gegenteil von dem, was Sarrazin forderte.

Wenn man darüber hinaus gesehen hat, wie sich Stefan Mappus gestern zu einem Zeitpunkt, als rechnerisch ein knapper Sieg von schwarz-gelb noch möglich war, aus dem Amt geschlichen

hat, dann begreift man, wie sehr die gesamte Republik inzwischen von Linken dominiert wird. Man konnte meinen, dass er es nicht erwarten kann, endlich dem „Stuttgarter Hexenkessel“ entfliehen zu können. Der als konservativer Tiger gestartete Nachwuchspolitiker landete damit innerhalb eines Jahres als völlig verunsicherter Bettvorleger. Und insbesondere die FDP, die in Rheinland-Pfalz gar aus dem Landtag geflogen ist und es in Stuttgart mit „CDU-Leihstimmen“ nochmal ganz knapp geschafft hat, trägt unter ihrem heutigen Bundesvorsitzenden zur politischen Diskussion nichts mehr bei.

Baden-Württemberg muss sich jetzt damit abfinden, dass es die nächsten fünf Jahre salopp ausgedrückt von einem ehemaligen Kommunisten, einem „Schwager der Türken“ und einem Haufen „Parkschützer“ mit Taxifahrererfahrung regiert wird. Man kann nur hoffen, dass es gelingt, wenigstens die angekündigten Schulexperimente vielleicht über das Instrument des Volksentscheids zu stoppen. Möglicherweise lernt die CDU auf den harten Bänken der Opposition ansonsten wieder den Kontakt zum Bürger zu suchen.

Die Wahl in Stuttgart ist auch ein Fanal, dass sich die Bevölkerungsstruktur langfristig deutlich zu Ungunsten der bodenständigen, pflichtbewussten, fleißigen, christlichen, wertorientierten, aber auch biodeutschen Milieus verschiebt. Der neue Phänotyp des Baden-Württembergers ist nicht „Cleverle“ und „Tüftler“, sondern Landzeitstudent, Hartz IV-Migrant, Quotenfrau und „Recht-auf-Faulheit“-Selbstverwirklicher.

Es bleibt noch die Hoffnung, dass wenigstens Bayern als letzter konservativer Bastion bei der Landtagswahl in zweieinhalb Jahren eine ähnliche Zäsur erspart bleibt. Ansonsten gilt aber mehr denn je: Deutschlands Parlamente brauchen zu einem intakten bürgerlichen Parteienlager dazu eine starke, islam- und einwanderungskritische, wertorientierte, freiheitliche Partei, die langfristig für Union und FDP koalitionsfähig ist. Von beidem sind wir aber

nach diesem Wahlsonntag leider Meilen entfernt.



Morgenmagazin: Konvertieren kann so schön sein

☒ Heute Morgen berichtete das ARD-Morgenmagazin unter dem Titel „Mein Glaube – Dein Glaube“ hochofrenet über die junge Deutsche Luise, die vor zehn Jahren wohl der Liebe wegen zum Islam konvertiert ist. Reporterin Golineh Atai besuchte die Familie, deren einzige Tochter nun korrekt mit streng islamischem Kopftuch bedeckt am Tisch sitzt. Mit dabei auch der Konvertierungsgrund, der als Ingenieur bestens integrierte und fließend deutsch sprechende Mohamed Boumakhlouf.

(Von Michael Stürzenberger)

Man beachte die Anmoderation des personifizierten Prototypen eines ARD-Gutmenschen, Sven Lorig (Foto oben):

„Sie hält sich an Regeln und Konventionen, mit denen ihre deutsche Mutter Gesten der Unterwerfung, Frauenfeindlichkeit und Verblendung verbindet.“

Na sowas, wie diese Mutter doch den Islam missversteht. Stiefvater Mateng Polkläsener berichtete tief gerührt über herzliche Besuche bei der Familie des Schwiegersohnes. Dies

wurde mit einer Videozuspielung von interkonfessionellen Umarmungen eindrucksvoll unterfüttert. Nach dem Motto: Wie herrlich ist es doch, nun einen muslimischen Schwiegersohn zu haben. Das Staatsfernsehen brachte uns hier zwischen Jubelberichten über grünrote Landesregierungen in Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz auf eine volkspädagogisch korrekte Weise den Islam als wunderbare Bereicherung näher.

Hier das Video:

Für die hochinformativ Berichterstattung, wie schön eine Konversion zum Islam für eine junge deutsche Frau doch ist, mit konsequentem Ignorieren der tödlichen Gefahr, in der sie sich im Falle des Fremdgehens befindet, sowie der von Allah ausdrücklich vorgesehenen körperlichen Züchtigung, wenn sie sich dem Willen ihres Ehemannes widersetzt, kann man sich bei der Aktuellen Kamera 2.0 bedanken:

» ardmorgenmagazin@wdr.de

„[Mein Glaube – Dein Glaube](#)“ ist übrigens als Serie konzipiert, die dem deutschen Michel in dieser Woche täglich die Freuden des Islams vor Augen führen soll. Man beachte vor allem den rührenden Filmtrailer. Morgen geht es um Islamunterricht. Die staatlich verordnete Indoktrination schreitet unaufhörlich voran...

(Spürnase: nockerl)

Kernschmelze in Baden -

Württemberg

Fakten - Fiktionen

Politik Medien Zeitgeschichte

by Kewil

Es dürfte ein einmaliger Fall in der Geschichte der Bundesrepublik sein, daß eine Landtagswahl 9000 Kilometer entfernt in Japan entschieden wurde. Nachdem schon seit zwei Wochen bei Journalisten und Politikern aller Parteien in Energiefragen sämtliche Brennstäbe durchgebrannt sind, wird niemand daran zweifeln, daß die Mehrheit von vier Sitzen für Grünrot in Stuttgart nur dem havarierten Atomkraftwerk in Fukushima zu verdanken ist, andernfalls hätte Mappus weiter regiert. Nun wird der Grüne Winfried Kretschmann Ministerpräsident, und die Leute fragen sich, was das bedeutet.

(Ein Ausblick von kewil)

Selbstverständlich werden sich die Grünen nun als große Zampanos bei der Abschaltung der AKWs profilieren wollen. Das dürfte bei aller Zustimmung in der Bevölkerung aber jahrelange Kämpfe nach sich ziehen. Kernkraft-Betreiber wie EON und RWE sind bereits dabei, Klagen gegen die Schnellabschaltung durch Merkel vorzubereiten. Dafür sorgen schon deren Aktionäre. Es erscheint ziemlich sicher, daß die Bundeskanzlerin einen Verfassungsbruch begangen hat, als sie im Alleingang per ordre de mufti das Gesetz über die Laufzeitverlängerung außer Kraft setzte, ohne den Bundestag zu fragen oder abstimmen zu lassen.

Die Stilllegung der AKWs wird bei den sparsamen Schwaben allüberall zu Streitereien um das liebe Geld führen. Der Energieriese ENBW wurde bereits durch das Land gekauft. Eine Abschaltung der Atommeiler kostet den Landeshaushalt vielleicht Milliarden, da die Aktie fällt. Gleichzeitig führt das und die Förderung alternativer Energie unweigerlich zu höheren Strompreisen. Die Bereitschaft, jeder grünen Schnapsidee zu folgen, dürfte am Geldbeutel gewisse Grenzen

finden. Dann noch ein kleiner Stromausfall – man wird sehen.

Was Stuttgart 21 angeht, wird Kretschmann einen Baustopp anordnen und eine Volksabstimmung durchführen, die das ganze Projekt kostenintensiv verzögert. Das haben er und die SPD angekündigt. Dagegen kann die Bahn klagen. Verfassungsrechtler wie Paul Kirchhof sind der Ansicht, daß es für eine Volksabstimmung längst zu spät ist. Ganz sicher werden im Nein-Fall große Schadenersatzforderungen gestellt und jahrelang durch alle Instanzen eingeklagt. Schon jetzt werden Summen von 1 bis 1,5 Milliarden Euro genannt, die da anfallen können. So etwas gibt keine positiven Schlagzeilen!

Ganz unverständlich ist, daß Grünrot nach dem Debakel mit der Volksabstimmung in Hamburg unverzagt genau eine derartige Gesamtschule hier einführen will, in der alle Schüler bis zur 10. Klasse zusammenbleiben. Das bisherige dreigliedrige System mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium soll aufgelöst werden, obwohl es höchst erfolgreich ist. Bei den PISA-Tests lagen Bayern und Baden-Württemberg immer vorn. Wolfram Weimer, der Chefredakteur des FOCUS, hat nach seinem Umzug aus Berlin in den Süden festgestellt, daß seine Kinder zwei Jahre zurücklagen, was ihn konservativ werden ließ. Die grün beschwipsten, von Fukushima verstrahlten Wähler haben bisher noch gar nicht realisiert, was da auf sie zukommt! Die gleichmacherische Einebnung des Schulsystems würde das Ende des Gymnasiums bedeuten. Sollte Grünrot sich tatsächlich anschicken, eine solche Mammutumstellung ins Werk zu setzen, wird das einen jahrelangen, riesigen Aufruhr und ein solches Durcheinander in jedem Dorf geben, daß der Regierung Hören und Sehen vergeht. Das ist sicher!

Und ansonsten? Der mit einer Türkin verheiratete SPD-Spitzenmann Nils Schmid hat bereits die Einführung der Gewerbesteuer für Freiberufler und strengere Finanzämter gefordert, mehr „soziale Gerechtigkeit“ natürlich und ein „bunteres“ Ländle. 2011 wird der 50. Jahrestag des ersten türkischen Gastarbeiters in der Bundesrepublik Deutschland

gefeiert werden. Dazu soll auch in Stuttgart ein großer Festakt im Landtag stattfinden mit Reden, die dartun, daß eigentlich nur die Türken Deutschland und das Schwabenland nach dem Krieg wieder aufgebaut haben. Denn bis 1961 lag angeblich alles total in Trümmern. Reichlich Stoff für Diskussionen hier in Stuttgart und bei PI. Die „Parkschützer“ haben gestern abend schon mal [aus Freude randaliert](#) und einen Bauzaun abgerissen.